

Boettcher, Daniel

**Wiedereingliederungsmaßnahmen der Arbeitslosenhilfe  
im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland  
seit 2003**

eingereicht als

**BACHELORARBEIT**

an der

**HOCHSCHULE MITTWEIDA**

---

**UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2011

Erstprüfer:

Prof. Dr. phil. Wolfgang Scherer

Zweitprüfer:

Prof. Dr. phil. Barbara Wolf

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	3
1.1 Thematische Einführung	3
1.2 Aufbau der Arbeit und methodisches Vorgehen	4
<b>2. Arbeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland</b>	5
2.1 Geschichtlicher Abriss	5
2.2 Entwicklung seit 2003	9
2.3 Aktuelle Situation	14
<b>3. Jugend und Arbeitslosigkeit</b>	15
3.1 Begriffsklärung	15
3.2 Lebensalter Jugend	16
3.3 Mögliche Ursachen von Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen	19
3.4 Lebenslagen jugendlicher Arbeitsloser	21
3.4.1 Interview I „P.“	23
3.4.2 Interview II „S.“	26
3.5 Fazit	28
<b>4. Maßnahmen zur Wiedereingliederung</b>	30
4.1 Einführung	30
4.2 Gesetzliche Grundlagen der Förderung	33
4.3 Förderung junger Menschen	36
4.4 Erfolge der Maßnahmen	39
<b>5. Zusammenfassung und Stellungnahme</b>	41
<b>Literatur und Quellenverzeichnis</b>	44
<b>Anlagen</b>	

## 1. Einleitung

### 1.1 Thematische Einführung

Ein Dauerthema in den öffentlichen Debatten der deutschen Medien stellt die Arbeitslosigkeit dar. Vor allem seit der Entwicklung und Einführung des SGB II zwischen 2003 und 2005 ebbt die Diskussion kaum mehr ab. In der allgemeinen Wahrnehmung gibt es ein sehr stigmatisiertes Bild des ALG-Empfängers, insbesondere des ALG-II-Empfängers. Dieses Bild lässt allerdings häufig eine Gruppe außen vor. Jugendliche Arbeitslose.

In der Sozialen Arbeit stellen Jugendliche und junge Erwachsene eine der zentralen Zielgruppen dar. Auf dem Weg, die eigene Rolle in einer sich immer schneller wandelnden Gesellschaft zu finden, brauchen junge Menschen häufig Unterstützung.

Immer öfter folgt auf die Schule direkt die Arbeitslosigkeit. Seit den 70er Jahren ist eine Entwicklung weg von vorübergehender, hin zu anhaltender Arbeitslosigkeit von Jugendlichen zu beobachten. Die sogenannte „Normalbiographie“ des reibungslosen Übergangs von der Schule zur Berufsausbildung und in berufliche Beschäftigung ist für Jugendliche und junge Erwachsene zusehends brüchig, ungewiss und riskant geworden.

Dass dies zu einer permanenten Ungewissheit/*Unsicherheit* und Unruhe bei den Betroffenen führen kann, liegt auf der Hand und bedarf kaum einer Erklärung. Umso wichtiger ist es für die Betroffenen, den Zustand der Arbeitslosigkeit so schnell wie möglich zu überwinden.

Um dies zu gewährleisten hat der Gesetzgeber einen umfassenden Maßnahmenkatalog entwickelt, der auf Grundlage der Sozialgesetzbücher (SGB) II und III Anwendung findet.

Schlussendlich bleibt die Frage nach dem Erfolg der Maßnahmen. Darüber hinaus ist zu klären, welche Auswirkungen die Situation auf die Jugendlichen hat und welche Prognosen sich bezüglich der Jugendarbeitslosigkeit für Deutschland treffen lassen.

## 1.2 Aufbau der Arbeit und methodisches Vorgehen

Diese Thesis stellt in gewisser Weise eine Mischform aus historiographischer und empirischer Arbeit dar. Dabei liegt die Grundintention in der Klärung der Frage, welche hauptsächlichen Maßnahmen von staatlicher Seite ergriffen werden, um Jugendarbeitslosigkeit vorzubeugen und wie es in der Regel zu Arbeitslosigkeit von Jugendlichen kommt. Wichtig ist dabei auch die Frage, inwieweit diese Maßnahmen erfolgreich sind und welche Empfehlungen man unter Umständen geben kann, um eine noch effektivere Förderung junger Erwerbsloser zu erreichen.

Der Zeitraum, mit dem sich das vorliegende Manuskript beschäftigt, sind die Jahre nach 2003. In diesem Jahr wurden die sogenannten „Hartz-Gesetze“ auf den Weg gebracht. Damit traten umfangreiche Änderungen im Bereich der Arbeitslosenhilfe ein.

Bevor auf die genauen Instrumente der Arbeitsförderung eingegangen wird, wird eine kurze Erklärung der Sichtweise des Begriffes Arbeit und Arbeitslosigkeit sowohl aus aktueller wie auch historischer Sicht gegeben.

Danach wird das Lebensalter Jugend in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit beleuchtet. In diesem Zusammenhang werden die Auswirkungen der gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung auf die Betroffenen geklärt/untersucht - ein wichtiges Themenfeld im Rahmen der Recherche. Hierzu wurden neben der Sichtung von literarischen und Onlinequellen zwei Interviews mit ehemals arbeitslosen Jugendlichen geführt und ausgewertet.

Aufgrund der Aktualität des untersuchten Zeitraumes wurde in erster Linie eine umfangreiche Internetrecherche geführt, die durch ausgewählte Literatur ergänzt wird.

Abschließend werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und es wird erörtert, in welchen Bereichen die Wiedereingliederung jugendlicher Arbeitsloser erfolgreich ist und inwiefern Verbesserungspotential besteht.

## 2. Arbeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland

*"Eine der schauerlichsten Folgen der Arbeitslosigkeit ist wohl die, dass Arbeit als Gnade vergeben wird. Es ist wie im Kriege: wer die Butter hat, wird frech."*  
(Kurt Tucholsky)

### 2.1 Geschichtlicher Abriss

Kurt Tucholskys Einschätzung der Erwerbslosigkeit ist gewohnt spitz und intelligent formuliert, etwas zynisch sogar, sie hat aber ihren Wahrheitsgehalt.

Es scheint, als hätte sich ein Wandel vom Bild des „Arbeitslosen“ vollzogen. Galt es früher noch als unverschuldeter Schicksalsschlag, den Job zu verlieren, sehen sich heute vor allem ALG-II-Bezieher vielen Klischees und Stigmatisierungen ausgesetzt.

Bevor ich jedoch auf den Begriff und das Phänomen der Arbeitslosigkeit eingehe, muss ich mich mit der grundsätzlichen Entwicklung der Erwerbsarbeit beschäftigen.

Die Geschichte der Arbeit ist in ihrer Gesamtheit gekennzeichnet von Wandlung. Sowohl der Begriff Arbeit als auch seine Definition und Bedeutung haben sich im Laufe der Jahrhunderte mehrfach verändert.

Der ursprüngliche Wortsinn ist schwer zu klären. Vornehmlich war der Begriff jedoch negativ besetzt. Im Alt- und Mittelhochdeutschen überwiegt eine Assoziation mit den Worten Mühsal und Not. Schon in der Antike verband man mit dem Begriff der körperlichen Arbeit in erster Linie Unfreiheit und Sklaventum (vgl. Stille).

Ebenso war im Mittelalter vor allem die körperliche Arbeit auf dem Land Synonym für Leibeigen- und Knechtschaft.

Erst mit Beginn der Neuzeit und vor allem im 17. und 18. Jh. vollzog sich ein fundamentaler Wandel in der Bedeutung der Erwerbstätigkeit. Die Arbeit wurde zum Quell eigenen Reichtums und zum Lebenszweck. Das aufstrebende Bürgertum definierte sich zusehends über den Broterwerb und machte sich

gleichzeitig unabhängig von jahrhundertealten Strukturen der Aristokratie und des Feudalismus. Jede Art von Tätigkeit, die über den reinen Selbstzweck hinausging, die also in irgendeiner Weise produktiv war, sei es Herstellung (etwa Produktion von Gütern), Leistung oder schlicht das Erreichen eigener oder von anderen gestellter Ziele, wurde unter dem Begriff der Arbeit zusammengefasst. In den folgenden zwei Jahrhunderten zeigte der Kapitalismus eine weitere wichtige Perspektive auf, die den Stellenwert der Arbeit unterstreicht: Wer arbeitet, kann sich, seine soziale und ökonomische Stellung in der Gesellschaft verbessern.

Im Zuge der Industrialisierung, vor allem nach dem Jahr 1800, gewann die Erwerbsarbeit noch weiter an Bedeutung. Es ist wichtig, das an dieser Stelle noch einmal zu unterstreichen: unter dem Begriff Arbeit wurde nun tatsächlich Erwerbsarbeit verstanden. Der vormalig weiter gefasste Begriff wurde rationalisiert. Die Erwerbsarbeit wurde zu einem tragenden Element der industrialisierten Gesellschaft.

Der deutsche Sozialhistoriker Jürgen Heinz Kocka schreibt über die Erwerbsarbeit konkret:

*„Überlegen war Erwerbsarbeit in Bezug auf ökonomische Effektivität, denn sie funktionierte nach marktmäßigen Regeln. Im Vergleich zu anderen Formen der Arbeit war Erwerbsarbeit attraktiv, denn sie ermöglichte viel Freiheit. Überlegen war Erwerbsarbeit aber auch unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit. Arbeitsbedingte Vermögens-, Status- und Machtunterschiede wurden leichter als legitim akzeptiert als solche, die aus Geburt, Eroberung oder Zufall stammten. Schließlich: Wer die eigene Arbeitskraft, das eigene Können, die eigene Leistungsfähigkeit erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt anbot, erfuhr dadurch ein Stück Anerkennung durch andere, die unfreie, gebundene oder obrigkeitlich geregelte Arbeit ebenso wenig bieten konnte wie unbezahlte Arbeit im Haus oder anderswo. (...) Die Erwerbsarbeit war und ist eine zentrale Voraussetzung sozialer Anerkennung und damit für Selbstwert, persönliche Identität und gesellschaftliche Teilhabe von*

*allergrößter Bedeutung“* (vgl. Kocka, 2001).

In Deutschland wurde zunächst vor allem durch den Abbau von Kohle die Erwerbsarbeit forciert. Der Ausbau der Eisenbahn und der damit einhergehende schnellere Güterverkehr und Transport trug ebenfalls maßgeblich zur Entwicklung einer am Kapital orientierten Gesellschaft bei.

Während der Weltkriege wurde die Rüstungsindustrie zu einem wichtigen Wirtschaftszweig mit riesigen Umsätzen. Jedoch wurden Zwangsarbeit und Sklaverei in den deutschen Arbeits- und Konzentrationslagern zur Tagesordnung.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges trat das Ausmaß der Ereignisse zutage. Millionen waren auf den Schlachtfeldern, in Konzentrationslagern oder im Bombenhagel gestorben und ganze Landstriche lagen in Trümmern. Europa und Deutschland wurden geteilt. In der Bundesrepublik bedeutete dies eine enorme Herausforderung an die Wirtschaft, da so gut wie alle Produktionsstätten ohne Arbeiter waren. Vor allem die sogenannten Trümmerfrauen gingen in die Geschichte ein. Sie sorgten in dieser Zeit für eine Genesung der Infrastruktur des maroden Landes, indem sie die Aufräumarbeiten (daher auch der Name) vorantrieben und damit wieder ein gesellschaftliches Leben auf den Straßen der Innenstädte ermöglichten.

Generell kann man laut Hradil drei große Phasen der Arbeitsmarktentwicklung in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg ausmachen (vgl. Hradil, 2001). Die bereits angesprochene Phase des Wiederaufbaus und des sogenannten Wirtschaftswunders stellt hierbei die erste Phase dar.

Die Menschenverluste, die das Land durch den Krieg erlitten hatte, bedeuteten auch den Verlust von Arbeitskräften für die eigene Wirtschaft. Der Wiederaufbau des Landes und die Reaktivierung der Produktionsstätten war demnach eines der obersten Ziele des neuen Staates.

Zwischen 1948, der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, und dem Ende der 1950er Jahre konnte die Arbeitslosenquote von 10,4 % im Jahre 1950 auf 1,3 % im Jahr 1960 reduziert werden. Eine besondere Schwierigkeit stellte

dabei der durchgängige Strom von Flüchtlingen nach Westdeutschland dar. So waren allein bis zum Jahr 1950 ca. 8 Mio. Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten aufgenommen worden. Darüber hinaus kamen bis 1961 etwa 3 Mio. Menschen aus der DDR in die BRD. Gründe für die schnelle Genesung der Ökonomie des Landes sind noch heute in der Diskussion. Fest steht jedoch, dass der Zustrom von Menschen zu einem rapiden Wachstum der Wirtschaft führte, was aber nicht verwunderlich ist, da in den Vorjahren prinzipiell nichts produziert wurde. Dieser rasche Aufschwung verhalf Land und Bürgern zu einer sehr hohen Beschäftigungsrate (vgl. ebd.).

Als zweite große Phase lässt sich im Zeitraum der frühen 1960er Jahre bis 1973, dem ersten Ölpreisschock, die Phase der Vollbeschäftigung nennen. Zu dieser Zeit lag die Arbeitslosenquote im Schnitt unterhalb von 1,3 %. Es herrschte sogar ein Arbeitskräftemangel, was in erster Linie am Wirtschaftswachstum und der entsprechend hohen Nachfrage nach Arbeitern lag.

Hinzu kam, dass in diesen Jahren die geburtenschwachen Jahrgänge des zweiten Weltkrieges auf den Arbeitsmarkt kamen (vgl. ebd.).

Diesem Arbeitskräftemangel wirkte man unter anderem mit der Anwerbung ausländischer Arbeiter entgegen. Sogenannte Gastarbeiter kamen nach Deutschland und die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer stieg zwischen 1961 und 1972 um über 3 Mio. (vgl. ebd.).

Die dritte Phase ist die der Massenarbeitslosigkeit. Ihren Beginn kann man etwa auf das Jahr 1974 datieren.

Hradil schreibt diesbezüglich:

*„Die Beschäftigungsentwicklung war seit Mitte der 70er Jahre geprägt durch mehrere Rezessionen (1974/75, 1981/82, 1992/93). In deren Folge wurden jedes Mal Arbeitsplätze abgebaut. Der Abbau von Arbeitsplätzen konnte zwar (...) ausgeglichen werden. Aber die jeweiligen Steigerungen der Arbeitslosigkeit konnten infolge des anhaltenden Zustroms von Arbeitssuchenden auf den Arbeitsmarkt niemals wieder vollständig rückgängig gemacht werden. So erhöhten die Wirtschaftskrisen jeweils den 'Sockel' an Arbeitslosigkeit und **aus konjunktureller wurde strukturelle Arbeitslosigkeit**. Dies drückt sich*



*in einem treppenförmigen Anstieg der Arbeitslosenquote seit 1973 aus. Insgesamt stieg die Arbeitslosenquote im früheren Bundesgebiet von 1,2 % im Jahre 1973 auf 9,9 % im Jahre 1999 (und 19,0 % in den neuen Bundesländern), womit das Niveau der frühen 50er Jahre übertroffen wurde“ (ebd.).*

Soviel zur Geschichte der Arbeit im Allgemeinen und zu den grundsätzlichen Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt der letzten 50 Jahre. Doch wie sehen die aktuellen Veränderungen in der Bundesrepublik aus?

## **2.2 Entwicklung seit 2003**

Während der letzten sieben Jahre sank die Arbeitslosenquote in Deutschland von 10,5 % im Jahre 2003 auf 7,7 % im Jahre 2010, mit einem zwischenzeitlichen Anstieg im Jahre 2005 auf 11,7 % (vgl. Statistisches Bundesamt, 2011). Waren im Jahr 2003 noch 4,37 Mio. Menschen arbeitslos so sind es im Jahre 2010 nur mehr 3,244 Mio. (vgl. ebd.).

Diese Zahlen sind Ausdruck der Reformen, die von den Regierungskoalitionen aus SPD und Grünen (2002 bis 2005) sowie danach aus CDU und SPD (2005 bis 2009) beschlossen wurden.

In jedem modernen Staat gehört die Arbeitsmarktpolitik, ebenso wie die Sozialpolitik und die Steuer- und Finanzpolitik zu den wichtigsten Aufgabenbereichen politischen Handelns. Hierbei sind als oberste Ziele eine hohe Beschäftigungsrate der Bevölkerung, gerechte Löhne und Prävention bezüglich Arbeitslosigkeit zu nennen. Im Folgenden folgt eine kurze Bilanz dieser angesprochenen Reformen.

Das IW-Reformbarometer belegt demnach, dass sich seit 2003 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt verbessert haben. Hierbei ist die Arbeit der rot-grünen Bundesregierung als erfolgreicher einzuschätzen, als die der Großen Koalition, welche das Rad teilweise wieder zurückgedreht hat (vgl. Klös, H.-P. und Scharnagel, B. 2009).

Im Folgenden wird eine Bilanz von Hans-Peter Klös und Jürgen Scharnagel vorgestellt, die sich maßgeblich auf die Erkenntnisse des deutschen Instituts für

Wirtschaftsforschung aus Köln stützt. Die Auswahl fiel auf diese Bilanzierung, da sie sich exakt mit dem für diese Arbeit relevanten Zeitraum beschäftigt und eine gute Zusammenfassung der Reformen in diesem Zeitraum darstellt.

Ich möchte an dieser Stelle jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass es sich bei dem IW um ein privates Institut handelt, welches auch als Dienstleister für die Wirtschaft auftritt und gemeinhin als „arbeitgebernah“ gilt. Entsprechend sind auch die Ergebnisse der Untersuchungen der IW kritisch zu sehen. Einer der Autoren, des bei der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichten Textes, Hans-Peter Klös ist außerdem Mitglied der Geschäftsführung des IW.

Es lassen sich laut Klös und Scharnagel sechs Phasen unterschiedlicher Reformintensität während der angesprochenen Legislaturperioden ausmachen.

(1) Als erste Phase lässt sich zum Start der zweiten Kanzlerschaft Schröders eine Zeit von kurzfristigen Steuererhöhungen und sozialpolitischen Notoperationen ausmachen. Das Reformbarometer sank damals von 100 auf 90,7 Punkte (vgl. ebd.).

(2) Eine reformpolitische Wende vollzog die rot-grüne Regierung mit der sogenannten Agenda 2010 im März des Jahres 2003. Gesundheitsreform, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe etc. ließen das Reformbarometer bis April 2005 auf einen Wert von 112,6 ansteigen.

(3) Im Rahmen des vorgezogenen Bundestagswahlkampfes und der Regierungsneubildung stagnierte das Barometer bei 107,3 Punkten. Auch in Folge von nicht mehr umgesetzten Vorhaben.

(4) Die neue sogenannte Große Koalition aus CDU und SPD beschloss nun u.a. die Föderalismusreform I, die stufenweise Einführung der Rente mit 67, eine Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer, eine erneute Gesundheitsreform im Jahre 2007 mit einheitliche Kassenbeitrag. Per Saldo stieg das Reformbarometer auf einen neuen Höchststand von 113,6 Punkten.

(5) Aus reformpolitischer Sicht bedeutete die Neustrukturierung der Pflegeversicherung einen Rückschritt. Ebenso bewerten Klös und Scharnagel die flächendeckende Einführung branchenspezifischer Mindestlöhne, die Verlängerung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes Eins (ALG I) sowie die außerplanmäßige Erhöhung der Renten in den Jahren 2008 und 2009. Diese angesprochenen Reformen führten zu einem Rückgang des Reformbarometers im Oktober 2008 auf 105,4 Punkte. Es bleibt jedoch die Frage ob sozialpolitische Anstrengungen, seien sie auch noch so gering, die dazu dienen etwas mehr Ausgewogenheit und Gerechtigkeit in der Einkommensverteilung zu bewirken, in welcher Beziehung auch immer, als Rückschritt zu betrachten sind. Meiner Ansicht nach nein.

(6) In Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise war die Bundesregierung zum Handeln gezwungen. Die damals getroffenen Entscheidungen ließen das Reformbarometer wieder auf 108,8 Punkte im April des Jahres 2009 ansteigen. Das Konjunkturpaket Zwei erhöht, im Sinn einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik, die öffentlichen Investitionen und senkt die Steuer- und Abgabenbelastung. Als kontraproduktiv kann man dagegen neue Ausnahmeregelungen bei der Einkommenssteuer, sowie bestimmte Subventionen bezeichnen (vgl. ebd.). Der Anstieg der gesamten staatlichen Neuverschuldung ist ebenfalls als hoher Preis für die gegenwärtige Stabilisierungspolitik anzusehen.

Als reformpolitische Großbaustelle bezeichnen Klös und Scharnagel den Arbeitsmarkt unter Schröders zweiter Amtszeit. Der Teilindikator „Arbeitsmarktpolitik“ des Reformbarometers stieg bis zum Ende der 15. Wahlperiode auf 129,9 Punkte. Die nachfolgende große Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel ging zunächst einen ähnlichen Weg, so dass der Arbeitsmarktindex im Frühjahr 2006 auf einen Höchstwert von 136,6 anstieg. Nach einem Rückgang in den Folgemonaten fiel der Wert bis Ende 2008 auf knapp 115 Zähler.

An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, dass die Ausschläge des Reformbarometers lediglich dazu dienen, die allgemeine Reformtätigkeit der

jeweiligen Regierungen anzuzeigen. Eine ganzheitliche und objektive Beurteilung der Effektivität der getroffenen Maßnahmen bedarf einer noch intensiveren Überprüfung, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit allerdings zum einen nicht möglich ist und zum anderen auch nicht zweckdienlich wäre.

Zusammenfassend schreiben Klös und Scharnagel:

*„Der rot-grünen Bundesregierung gelang es teilweise, die Anreize zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen, die Beschäftigungsanreize für die Unternehmen zu verbessern und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.“*

Als nach wie vor umstrittensten Teil der Agenda 2010 sieht man jedoch die Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende, *„(...) welche die vormals getrennten, bedürftigkeitsorientierten Transferleistungen der Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Langzeitarbeitslose beziehungsweise erwerbsfähige Hilfeempfänger vereint.“* (vgl. ebd.)

Zeitgleich erfolgte eine Verschärfung der Zumutbarkeit und es wurden strengere Sanktionen bei Ablehnung eines Arbeitsplatzangebotes oder der Verletzung von Mitwirkungspflichten eingeführt. Auf Letzteres werde ich später in dieser Arbeit noch einmal genauer zu sprechen kommen.

Als Gründe für die *„teils erhebliche Ablehnung von "Hartz IV" kann man neben der Einschränkung lange gewährter Besitzstände sowie der unzureichenden Erläuterung und Umsetzung des oft bemühten Prinzips „Fördern und Fordern“, auch die „(...) fehlerhafte(n) gesetzliche(n) Vorgaben und ihre mangelhafte Anwendung (...)“* sehen. Der Bundesrechnungshof kritisierte etwa die mangelnde Kontakthäufigkeit zwischen Fallmanagern und Arbeitsuchenden, als auch gravierende Mängel in allen Phasen des Vermittlungsprozesses. Diese Einschätzung wird sich im Verlauf der vorliegenden Arbeit (in 3.4) im Rahmen der dort geführten Interviews in Teilen bestätigen. Desweiteren wird kritisiert, dass *„die Aufteilung der Entscheidungskompetenzen sowie unterschiedliche Kulturen von Kommunal- und Bundesverwaltung in den Arbeitsgemeinschaften oder Unterschiede beim Status, den Rechten und der Entlohnung der Mitarbeiter, die reibungslose Betreuung der Arbeitsuchenden beeinträchtigen.“*

Das Versprechen der Politik, die Anzahl der Arbeitsvermittler deutlich aufzustocken um eine bessere individuelle Betreuung zu ermöglichen, wird ebenfalls nur zögerlich eingelöst.

Wie bereits angesprochen hielt die Große Koalition zu Beginn ihrer Amtszeit zunächst am Kurs von Rot-Grün fest. Der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung wurde stufenweise auf 2,8 % gesenkt um damit Beschäftigte und Unternehmen zu entlasten. Und neben der Einführung des Elterngeldes als Ersatz des bis dato ausgeschütteten Erziehungsgeldes wurde auch ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuung forciert. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll die Erwerbstätigkeit junger Eltern erleichtern und gewährleisten, dass ihre Fähigkeiten und Qualifikationen besser auf dem Arbeitsmarkt genutzt werden können.

Desweiteren fassen Klös und Scharnagel zusammen:

*„Mit dem Beschluss, die Bezugsdauer des ALG I zu verlängern, machte die Große Koalition die noch von der rot-grünen Regierung beschlossene und erst ab 2005 wirksame Kürzung auf höchstens zwölf Monate für Versicherte bis 55 Jahre und 18 Monate für über 55-Jährige rückgängig: Seit dem 1. Januar 2008 erhalten ältere Arbeitslose ab 57 Jahren wieder bis zu 24 Monate lang ALG I“ (ebd.).*

Sie beurteilen diese Maßnahme als negativ, da dadurch der Anreiz, schneller zurück in das Arbeitsleben zu kommen, geschmälert werden könnte. Mir persönlich sind allerdings keine Studien bekannt, welche diese Annahme bestätigen.

Soviel als knapper Abriss der Entwicklungen im Bereich der Arbeitsmarkt- und Reformpolitik der letzten Jahre. Es bleibt festzustellen, dass es große Umstrukturierungen in diversen Bereichen des öffentlichen Lebens gab und dass die langfristigen Folgen dessen noch nicht absehbar sind.

Im Folgenden wird kurz auf die Situation im Jahr 2010 bzw. 2011 eingegangen bevor es einen Schnitt gibt um auf das Thema *Jugend* zu kommen.

## 2.3 Aktuelle Situation

Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt in den letzten Jahren wurde nun aufgezeigt. Doch wie sieht die aktuelle Situation aus?

Auf der Internetpräsenz der Agentur für Arbeit heißt es dazu:

*„Die Arbeitslosenzahl hat sich 2010 deutlich verringert. Rückläufig war die Arbeitslosigkeit in allen Bundesländern (vgl. 4.1), in beiden Rechtskreisen (4.2) und in fast allen Personengruppen (4.3). Maßgeblich für den Rückgang war die konjunkturelle Belebung in der deutschen Wirtschaft, die zu einem deutlichen Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geführt hat (vgl. 1.4). Geholfen hat auch ein Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials (vgl. 3). Dabei hat es deutlich weniger Arbeitslosmeldungen aus Erwerbstätigkeit und mehr Beschäftigungsaufnahmen am ersten Arbeitsmarkt gegeben (vgl. 4.4). Gleichzeitig ist auch die Entlastung durch Kurzarbeit deutlich zurückgegangen, so dass die jahresdurchschnittliche Unterbeschäftigung einschließlich des Beschäftigtenäquivalents von Kurzarbeit stärker als die Arbeitslosigkeit gesunken ist“ (Agentur für Arbeit: Monatsbericht 12/2010).*

Wie in 2.2 schon angesprochen errechnete die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2010 eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 3,244 Millionen Menschen. Dies entspricht einer Quote von 7,7 Prozent.

Doch um eine bessere Bewertung der Zahlen zuzulassen sollte man sich die Begriffsdefinition des Wortes „Arbeitslosigkeit“ im Rahmen der Sozialgesetzgebung vor Augen führen:

*„Arbeitslose sind nach § 16 Abs. 2 SGB III Personen, die wie beim Anspruch auf Arbeitslosengeld*

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten,*
- eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und*
- dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und*
- sich bei einer Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben.“*

Dies bedeutet schlussendlich, dass jede Person, die einer Beschäftigung nachgeht, deren Arbeitszeit oberhalb von 15 Stunden pro Woche liegt, nicht als arbeitslos in der Statistik der B.A. auftaucht. Ebenso verhält es sich nachvollziehbarer Weise bei Personen, die sich, aus welchen Gründen auch immer, gar nicht bei der Agentur melden.

In § 16 Abs. 2 ist ferner geregelt, dass Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht als arbeitslos gelten“ (vgl. Agentur für Arbeit, Arbeitslosenbegriff unter SGB II und SGB III).

Um den Bogen zum eigentlichen Thema dieser Arbeit zu spannen werde ich nun kurz auf die Situation der Jugendlichen eingehen.

In Deutschland lag 2009 die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 15 bis 24 Jährigen bei elf Prozent. Sie war damit deutlich höher als im Jahr 2000 mit 8,2 Prozent. Der Höchststand wurde 2005 mit 15,2 Prozent verzeichnet, wie das Statistische Bundesamt nach den Ergebnissen des Mikrozensus anlässlich des Internationalen Tags der Jugend (12. August) mitteilte (vgl. n-tv, Krise trifft die Jungen, 2010).

Fast jeder zweite der 9,3 Millionen im Alter von 15 bis 24 Jahren ist in Deutschland erwerbstätig. Insgesamt gingen 2009 knapp 4,4 Millionen junge Menschen in dieser Altersgruppe einer Erwerbstätigkeit nach (vgl. ebd.).

### **3. Jugend und Arbeitslosigkeit**

*„Die Jugend soll ihre eigenen Wege gehen, aber ein paar Wegweiser können nicht schaden.“(Pearl S. Buck)*

#### **3.1 Begriffsklärung**

Der Begriff „Jugend“ ist aus soziologischer und pädagogischer Sicht noch relativ jung. Erst im 19. Jh. begann man die Zeit zwischen Kindheit und Erwachsenenalter genauer zu definieren. Zuvor verstand man darunter in erster Linie die Zeit im Leben, in der man ohne Zeichen des Alters und körperliche Gebrechen lebte und noch „vor Kraft strotzte“. Als begonnen wurde, den Begriff

auch als Lebensalter zu sehen, diene er anfänglich vor allem der Abgrenzung: In der Jugend ist man dumm, man begeht Fehler evtl. sogar Straftaten und die berühmten „Jugendsünden“.

Heute wird unter Jugend vor allem ein Teilabschnitt in der Entwicklung eines Individuums sowie eine eigenständige Gruppe von Menschen verstanden. Als Beginn der Jugendphase wird meist die körperliche Geschlechtsreife identifiziert und ans Ende dieser Phase setzt man oft das Erreichen finanzieller und emotionaler Autonomie.

Die vorliegende Dissertation beschäftigt sich mit Erwerbslosigkeit. Da jene in unserer Gesellschaft in der Regel immer später beginnt (Ausbildungen werden mit 15 bis 16 Jahren begonnen, das Studium mit 18 bis 23 und die erste Arbeitsstelle tritt man ebenfalls erst mit Anfang bis Mitte 20 an) bezieht sich der Begriff Jugend im Rahmen dieser Arbeit vorrangig auf Personen in einem Alter zwischen 16 und 25 Jahren. Es werden sowohl die Begriffe „Jugendlicher/Jugendliche“ als auch „junge Erwachsene“ vorkommen. Dies dient einzig dem Erzeugen einer gewissen Abwechslung im Wortgebrauch und stellt, wenn nicht ausdrücklich anders erwähnt, keine Unterscheidung dar.

### 3.2 Lebensalter Jugend

In der Entwicklung des menschlichen Individuums, vor allem in dessen Sozialisation, nimmt die Jugend als Lebensalter eine besondere Stellung ein. Man wird in die „Welt der Erwachsenen“ aufgenommen und findet seine ganz eigene Rolle in der Gesellschaft.

Richard Münchmeier schreibt im Handbuch für Sozialarbeit/Sozialpädagogik:

*„Was Jugend bedeutet – und zwar sowohl für die Gesellschaft als auch für die jungen Menschen selbst – wird weitaus stärker durch (...) gesellschaftliche Muster, durch die Vergesellschaftung der Jugendphase, bestimmt als durch das Lebensalter selbst“ (Münchmeier, 2005, S. 816).*

Die Gesellschaft schreibt also vor, was unter Jugend bzw. der Jugendphase zu verstehen ist. Daraus folgt, dass es ein bestimmtes Bild gibt, dem die jungen



Menschen zu entsprechen haben, um im gesellschaftlichen Leben auf Akzeptanz zu stoßen. Naheliegend ist demnach, dass die Gefahr besteht, nicht voll akzeptiert zu werden wenn man dem Bild nicht entspricht.

Als primäre Ziele der Jugend als Lebensalter sieht Münchmeier:

*„Ziel von Jugend ist vor allem die Herausbildung einer stabilen Persönlichkeit und einer integrierten Identität, um in einer sich individualisierenden, äußere soziale Kontrollen und festlegende Milieus abbauenden Gesellschaft bestehen zu können, sowie die für das (ökonomisch) selbständige Erwachsensein unabdingbare Herstellung von beruflichen Qualifikationen und Kenntnissen für Erwerbsarbeit, aber auch von sozialen Fertigkeiten und Kompetenzen für das Leben in der Arbeitsgesellschaft“ (ebd.).*

Es finden demnach wichtige Prozesse der Identitätssuche und -findung in diesem Lebensabschnitt statt, die Auswirkungen auf den noch folgenden, großen Rest des individuellen Lebens haben.

Am Ende der Jugend steht mit der finanziellen Unabhängigkeit und der Aufnahme in die Arbeitsgesellschaft die Autonomie des Individuums. Münchmeier stellt jedoch fest, dass es problematisch wird die Jugendphase zu beenden, *„(...) wenn der Arbeitsmarkt den Weg in die Selbständigkeit des Erwachsenseins ökonomisch nicht mehr verlässlich sichert“* (Münchmeier 2005, S. 818).

Der Psychoanalytiker Erik Homburger Erikson hat unter Einbezug der sozialen Dimension in seinem bereits 1966 erschienenem Werk „Wachstum und Krisen der gesunden Persönlichkeit“ acht Entwicklungsstufen beschrieben. Er versteht Identitätsentwicklung als psychosoziale Entwicklung, die durch eine ständige Wechselwirkung zwischen Individuum und Gesellschaft geprägt ist. Relevant für diese Arbeit sind Stadium fünf und sechs des angesprochenen Modells.

In Stadium fünf, dem Jugendalter, erfolgt nach Erikson die schon angesprochene Identitätsbildung. Der Jugendliche muss seine Rolle in der Gesellschaft finden, schafft er dies nicht, stößt er auf Zurückweisung (vgl. Stangl).

Im folgenden sechsten Stadium, dem frühen Erwachsenenalter, steht die Bildung eines Bewusstseins für Intimität im Vordergrund. „Geklärte Identität erlaubt tragfeste Partnerschaft und Intimität.“ Schafft es das Individuum nicht diese Aufgabe zu bewältigen kann dies zu Exklusivität führen, man isoliert sich von Freundschaften, Liebe und Gemeinschaften (vgl. ebd.).

In ihrer Diplomarbeit nehmen Brodmann und Ellenberger auf einen weiteren Wissenschaftler Bezug, der sich mit der Identitätssuche im Jugendalter beschäftigte, den Sozialpsychologen Heiner Keupp. Dieser präsentierte 2002 aufgrund von Resultaten einer langjährigen Forschungsarbeit in den 90er Jahren bei jungen Erwachsenen, folgende Fähigkeiten und Ressourcen, die eine „gelingende“ Identität in unserer heutigen Zeit fördern:

*1. Gelingende Identität bedarf materieller Ressourcen. Ohne die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Lebensprozess teilzuhaben in Form von sinnvoller Tätigkeit und angemessener Bezahlung, führt die Identitätsarbeit in einen prekären Schwebezustand.*

Ein solcher Schwebezustand ist demnach vor allem bei finanziell schwierigen Lagen, wie etwa Arbeitslosigkeit zu vermuten.

*2. Soziale Integration und Anerkennung sind wichtig für eine gelingende Identität. Ansonsten wird das Risiko des Abgewählt- oder Verlassenwerdens und der Verlust an elementarer Sicherheit gesteigert (Hondrich, 1996, S. 36, zit. nach Keupp, 2002, S. 278).*

Fehlt die Integration über den Beruf, treten zwangsläufig andere Möglichkeiten in den Vordergrund. Etwa Freizeitaktivitäten mit Gleichaltrigen (in Sportvereinen, gemeinsame Abendgestaltung etc.). Fehlen jedoch die ökonomischen Ressourcen um dort zu partizipieren, ist eine soziale Integration gefährdet. Die Gefahr in kriminelle Kreise oder politisch extreme Gruppierungen zu geraten steigt womöglich. Auch hier stellt die Arbeitslosigkeit demnach eine Risikolage dar.

*3. Die Fähigkeit zum Aushandeln und ein geschärfter Möglichkeitssinn wird vorausgesetzt, um in der heutigen Pluralität von Mustern und Normen die alltägliche Lebensführung, die berufliche Entwicklung und die Freundschaft, Liebe und Familie zu gestalten.*

Auch dies (Fähigkeit zum Aushandeln und geschärfter Möglichkeitssinn) sind Fertigkeiten, die im Rahmen einer Ausbildung und in den ersten Jahren im Beruf heraus- und weitergebildet werden.

*4. Eine wichtige psychische Voraussetzung, um mit der heutigen Vieldeutigen und Offenheit umzugehen, ist Ambiguitätstoleranz, die Fähigkeit, auf Menschen und Situationen einzugehen, diese weiter zu erkunden, anstatt sich von Diffusität und Vagheit entmutigen zu lassen oder nach einem »Alles-oder-nichts«-Prinzip zu werten und zu entscheiden“ (Brodmann und Ellenberger 2006).*

Und auch im Rahmen der Entwicklung dieser Kompetenzen sind Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt von Vorteil.

Es lässt sich zusammenfassen, dass Arbeitslosigkeit im Jugendalter zu großen Problemen bei der Bewältigung der, allgemein als unabdingbar angesehenen, Entwicklungsaufgaben führen kann.

### **3.3 Mögliche Ursachen von Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen**

Die Bedeutung des Lebensalters Jugend wurde dargelegt. Dass es zu Arbeitslosigkeit in jungen Jahren kommen kann ist auch geklärt.

Nun ist zu klären welche Gründe es in der Regel dafür gibt.

Wenn man von Jugendlichen ohne Perspektive auf dem Arbeitsmarkt spricht, ist in erster Linie die Rede von jungen Männern und Frauen ohne oder mit schlechtem Schulabschluss. Dieser stellt fast immer die Voraussetzung für den Erhalt einer Ausbildungsstelle dar. Entsprechend ist es nicht verwunderlich, dass ein Fehlen des Abschlusses, oder wie angesprochen, ein verhältnismäßig

schlechtes Abgangszeugnis, hinderlich bei der Integration in den Arbeitsmarkt sind.

Häufig sind es vor allem ausländische Jugendliche, insbesondere Kinder früherer Gastarbeiterfamilien, sowie Jugendliche, die über keine abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung oder nur über ein geringes Qualifikationsniveau, wie z. B. einen Hauptschulabschluss, verfügen, die von der Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind. Soziale Brennpunkte in Deutschland, in denen die Ausgangsbedingungen für Kinder und Jugendliche unter einem sehr schlechten Stern stehen, sind z. B. Teile des Ruhrgebiets, Hamburg-Harburg und Berlin-Kreuzberg (vgl. Munsel, 2010).

In Zeiten wirtschaftlicher Rezession geht die generelle Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen aufgrund zeitlicher und finanzieller Kostenersparnisse zurück (vgl. ebd.).

Im Gegensatz zu älteren Beschäftigten, die bereits über Lebenserfahrung sowie einen erheblichen Wissensstand im Beruf verfügen und dadurch flexibler eingesetzt werden können, müssen neue und vor allem junge Beschäftigte erst ausgebildet und angelernt werden. Dadurch eine Ausbildung nur eine Basis auf dem Weg in den Beruf darstellt auf die ein lebenslanger Lernprozess folgt, trifft dies auch auf Jugendliche zu, die schon eine Ausbildung erfolgreich absolvierten. Munsel schreibt weiter:

*„In diesem lebenslangen Lernprozess wird immer neues Wissen erworben, welches dann in den jeweiligen Arbeitsprozessen unbewusst zur Verfügung steht und Arbeiten erleichtern. Diese Art Wissen wird auch als "tacit knowledge" oder "stilles Wissen" bezeichnet. Da Jugendliche nicht in diesem Maße über einen solchen Wissensvorrat verfügen, sind sie gegenüber älteren Arbeitnehmern im Nachteil.“*

Ein weiterer Aspekt, den Munsel im Zusammenhang mit den Gründen für Jugendarbeitslosigkeit beschreibt, ist die Stärke einzelner Geburtsjahrgänge:

*„Neben der konjunkturellen Wirtschaftsentwicklung ist die Jugendarbeitslosigkeit zudem von der Stärke der einzelnen Geburtsjahrgänge abhängig. So treten auch hier regelmäßige Schwankungen auf, die zu einem*

*Überhang an Lehrstellen oder einem Mangel dieser beitragen und entsprechend die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit beeinflussen“ (vgl. Munsel, 2010).*

Es lassen sich folgende hauptsächliche Ursachen, die zu Jugendarbeitslosigkeit führen können, zusammenfassen:

- geringer/fehlender Schulabschluss
- damit einher: ein Bildungssystem, welches die Jugendlichen nicht optimal fördert und nicht ausreichend auf den Beruf vorbereitet (Bundeszentrale für politische Bildung, 2009)
- geringe/fehlende Berufserfahrung
- Wirtschafts-/Finanzkrise bzw. schlechte wirtschaftliche Lage im Allgemeinen
- individuelle Gründe

### **3.4 Lebenslagen jugendlicher Arbeitsloser**

Statistiken können einen Überblick liefern. Sie zeigen etwa, wie viele Jugendliche arbeitslos sind. Auch zeigen sie welche Maßnahmen getroffen werden, um diesen Zustand zu ändern.

Was sie allerdings nicht darlegen können, ist das individuelle Befinden der Bezugsgruppe. Selbstwertgefühl, Ängste, Resignation - all dies sind keine erfassbaren Datenmengen, sondern absolut individuell und von Person zu Person verschieden.

Aus diesem Grund habe ich mich entschlossen, nicht nur auf bereits vorhandene Erkenntnisse in diesem Bereich zurückzugreifen, sondern selbst tätig zu werden und mit Menschen zu sprechen, die in jungen Jahren arbeitslos waren.

Zu diesem Zweck wählte ich zwei männliche Interviewpartner aus, die mittlerweile 23 beziehungsweise 25 Jahre alt sind und in jüngeren Jahren arbeitslos waren. Beide Interviews fanden unabhängig voneinander bei den Gesprächspartnern zu Hause statt. Im Vorfeld formulierte ich Fragen zu

unterschiedlichen Lebensbereichen, die ein Gesamtbild des Interviewpartners, vor allem in Bezug auf seine Lebenslagen während der Arbeitslosigkeit vermitteln sollten.

In ihrer Diplomarbeit aus dem Jahr 2006 beziehen sich Eri Brodmann und Sarah Ellenberger unter anderen auf Berger (1997), nach dem es zwei Gruppen jugendlicher Arbeitsloser gibt, die sich hinsichtlich ihres Erlebens der Arbeitslosigkeit unterscheiden. Die einen nutzen die arbeitslose Zeit nach der Lehre bewusst als willkommene und neue Form einer Pause, einer Standortbestimmung oder Neuorientierung.

Für die Jugendlichen der anderen Gruppe bedeutet die Arbeitslosigkeit ein Ausgeliefertsein. Sie fühlen sich oft überfordert, hilflos, enttäuscht und haben Ängste und Stress, die ihre Entwicklung hemmen und ihre Lebenspläne und Ziele schmälern.

*„In dieser zweiten Gruppe von Jugendlichen, deren Übergang in die Arbeitswelt misslungen ist und die sich in einem Marginalisierungsprozess befinden (vgl. Felber, 1997, S. 255 ff), sieht Udris (1995) als mögliche Folgen der Arbeitslosigkeit folgende Probleme/Punkte:*

- Verlust von sozialen Kontakten und Belastungen in Beziehungen und Familie*
- Verlust von Zeit- und Zielstruktur*
- Verlust von Autonomie*
- Störung des Selbstwertgefühls und Abnahme von Qualifikationen, Fähigkeiten und Fertigkeiten*
- Gesundheitliche Auswirkungen“ (vgl. Brodmann, E.; Ellenberger S. 2004).*

Die oben aufgeführten möglichen Folgen der Arbeitslosigkeit stellen im Rahmen dieser Arbeit Annahmen dar, welche ich dem Interview zugrunde legte.

### 3.4.1 Interview I „P.“

P. ist männlich, mittlerweile 26 Jahre alt und lebt in einer Großstadt (über 100.000 Einwohner). Geboren und aufgewachsen ist er in einer Mittelstadt (zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern). Er besuchte eine Berufsfachschule und ist derzeit Call- Center- und Außendienstmitarbeiter für eine Telekommunikationsgesellschaft.

Nachdem er die Schule abgeschlossen hatte, begann P. eine Ausbildung zum Sozialassistenten. Diese Berufsrichtung wählte er, da er sich als „kommunikativ“ und „kontaktfreudig“ einschätzt. Er hegte einen weiteren Berufswunsch:

*„Da hatte ich mir überlegt evtl. Kindergärtner zu werden.“*

Die Ausbildung zum Sozialassistenten schloss er jedoch nicht ab. Aufgrund längerer Krankheit und Desinteresse am Unterrichtsstoff, der für ihn „sehr trocken“ war, brach er ab. Darauf beschloss er eine Ausbildung zum Speditionskaufmann zu beginnen. Er hatte den Entschluss gefasst

*„etwas im kaufmännischen Bereich zu machen - aber nicht nur im Laden rumstehen“.*

In diesem Beruf konnte er jedoch nicht lange arbeiten, da er gekündigt wurde, „als die Firma fast pleite war“. Ob er die Ausbildung abschließen konnte und die Kündigung nach deren Ende erfolgte, wurde mit nicht klar es ist aber zu vermuten, dass er keinen Abschluss erlangte.

Neben den angefangenen Ausbildungen war P. in weiteren Berufen tätig. Vorrangig waren dies Aushilfsjobs und Nebentätigkeiten. So arbeitete er über drei Jahre in einem Call-Center und empfand dies auch anfänglich als interessant, jedoch wurde die Arbeit „später etwas fade“. Über einen Zeitraum von acht Jahren war er im Rahmen einer „familiären Pflicht, mehr nicht“ bei einem Fahrradcar - Verleih tätig. Er betont hierbei die familiäre Verpflichtung und macht deutlich, dass ihm diese Arbeit eher widerstrebte als zusagte. Ein Jahr war er als Back-Shop-Mitarbeiter in einem größeren Supermarkt

beschäftigt. Diese Arbeit war mit viel Stress verbunden, wäre jedoch „gut bezahlt“ gewesen. Es scheint, als würde der finanzielle Aspekt keine untergeordnete Rolle bei seiner Berufswahl spielen.

An dieser Stelle „schiebt“ P. noch eine „prägende Zeit“ ein. Er absolvierte seinen Grundwehrdienst als Sanitäter. Dies war „interessant und hart“ zugleich. Auf die Frage, ob er sich jemals hatte vorstellen können, Soldat zu werden, antwortete er jedoch verneinend. Er sieht die damalige Zeit zwar als förderlich für seine persönliche Entwicklung, jedoch widerstrebt ihm der Gedanke, „auf Dauer Soldat“ zu sein. Er sei „grundsätzlich ein friedliebender“ Mensch und aufgrund dessen sah er dies nicht als akzeptablen Beruf für sich an.

Anhand seiner vielfältigen Berufserfahrungen wird ersichtlich, dass P. längere Zeit auf der Suche nach „*seinem Beruf*“ war. Es drängt sich die Frage auf, ob eine intensive Berufsberatung diese Suche nicht hätte verkürzen können. Auf Nachfrage sagt er, dass er eine solche jedoch nicht zu seiner vollen Zufriedenheit erhalten habe.

Erstmalig ohne Arbeit war P. „ca. 2004“ mit damals 19 Jahren. Er selbst nennt dafür persönliche Gründe. Er war „*jung, etwas naiv...perspektivlos*“. Diese Phase dauerte insgesamt vier Monate. Auf die konkrete Frage, ob er in dieser Zeit Leistungen der Arbeitslosenhilfe bekam antwortete er „*Nope*“. Dieser Ausspruch kommt aus dem Englischen und ist als gleichbedeutend mit den umgangssprachlichen deutschen Wörtern „nö“ oder „nee“ anzusehen (vgl. <http://www.2.dict.cc/englisch-deutsch/nope.html>). Darüber hinaus ist diese Wortwahl im Kontext der Situation leicht „flapsig“, sowie spöttisch zu verstehen. Es liegt nahe, dass P. die Frage nicht ganz ernst nimmt und davon ausgeht, dass dies eigentlich auf der Hand liegen müsste.

Warum genau er keine Leistungen bezog, beziehungsweise ob er überhaupt versuchte, diese zu beantragen, lässt er offen. Da er seinerzeit zu Hause wohnte, liegt die Vermutung nahe, dass seine Eltern für seinen Unterhalt aufkamen.

Ich möchte wissen, wie damals sein typischer Tagesablauf aussah. Er beginnt



eine Aufzählung. „*Lange schlafen, essen, fernsehen, zocken (Videospiele), schlafen gehen.*“ Der Tagesablauf wirkt recht monoton und einförmig, und wie kurz darauf ersichtlich wird, empfand er dies ebenso.

P. berichtet weiter, dass er diese Zeit anfangs „gut“ fand. Er konnte seine freie Zeit selbst einteilen und musste sich nicht durch einen Job einschränken. So genoss er es, lange zu schlafen und abends spät zu Bett zu gehen. Im Laufe der Zeit langweilte es ihn jedoch, tagtäglich „das Gleiche“ zu machen.

Außerdem blieben soziale Kontakte „zum Teil auf der Strecke“. Er kapselte sich ab und es fiel ihm schwer sich zu motivieren, etwas außerhalb der eigenen vier Wände zu unternehmen. Als prägendste Gefühle während dieser Phase benennt er *Gleichgültigkeit* und *Perspektivlosigkeit*.

Seine Familie und sein Freundeskreis haben ihn in dieser Situation „motiviert arbeiten zu gehen und nicht aufzugeben“. Er fühlte sich „unterstützt“ und wollte sie „nicht enttäuschen“, obwohl es auch „manchmal Streitigkeiten“ gab, wenn P. keine Motivation fand, um selbst tätig zu werden.

Demgegenüber empfand er die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit (B.A.) als unzureichend. Die dortigen Mitarbeiter konnten ihm „*nicht helfen*“ und „*schienen des Öfteren überfordert*“. Es wären ihm nur selten ernsthafte Perspektiven aufgezeigt worden und er empfand die Gespräche mit den Mitarbeitern als „*sinnlos*“. „*Gut war nix*“ - so wurde ihm häufig nur gesagt, dass „*es (die Aussicht auf Arbeit) nicht gut aussähe*“ und man ihm Angebote per Post zusenden würde, was aber seiner Aussage nach nie geschah.

Zu seiner jetzigen Arbeitsstelle kam er durch Recherche im Internet. Die B.A. habe daran keinerlei Anteil.

Für die Zukunft plant P. einen gemeinsamen Haushalt mit seiner Freundin zu gründen und sich beruflich noch einmal neu zu orientieren. Ein Freund kann für ihn womöglich bei dessen Arbeitgeber „*ein paar gute Worte einlegen*“ und ihm so die Möglichkeit geben, eine Stelle in der englischsprachigen Kundenberatung eines großen IT-Unternehmens zu bekommen.

### 3.4.2 Interview II „S.“

„S“ ist dreiundzwanzig Jahre alt und lebt in einer Mittelstadt, in der er auch geboren und aufgewachsen ist. 2003 erlangt er den Realschulabschluss. Er arbeitet als Fachkraft für Lagerlogistik in einer Großbäckerei.

Während seiner Schulzeit absolvierte er einige Praktika. Unter anderem arbeitete er als Koch. Dies machte ihm auch Spaß ein richtiger Berufswunsch in dieser Richtung entstand allerdings nicht. Nach seinem Schulabschluss im Jahr 2003 hat S. eine Ausbildung als Fachkraft für Lagerlogistik angefangen und auch abgeschlossen. Die Wahl für diesen Beruf erfolgte relativ spontan:

*„Oh, oh, das war eher zufällig“.*

Sein Schwager hatte im Internet die Adresse der zukünftigen Ausbildungsstelle entdeckt. Daraufhin bewarb sich S. *„(...)auf gut Glück“*. Er wurde angenommen und absolvierte seine Ausbildung bei einem Baumarkt. Nach Beendigung der Ausbildung wurde S. nicht übernommen, was er nicht nachvollziehen kann:

*„Nachvollziehen konnt ich das nicht, weil in meiner Ausbildung hab ich viele Azubis, Aushilfen angelernt und hab mich eigentlich richtig rein gehangen in die Arbeit....aber der Chef meinte, dass das ein Kostengrund war ...obwohl der Baumarkt eigentlich super läuft!“*

In der Folge war er ein Jahr ohne Arbeit und bezog ALG I. In dieser Zeit musste er mit ca. 650 Euro im Monat auskommen, was *„schon schwer“* war.

S. hat neben seiner Ausbildung und dem schon angesprochenen Praktikum als Koch während der Schulzeit seinen neunmonatigen Zivildienst in einem Altenheim als Pfleger abgeleistet. Dieser fiel in seine Zeit der Arbeitslosigkeit, die er damit zum Teil überbrücken konnte. Die Arbeit machte ihm Spaß und er hätte sich auch vorstellen können, weiter in dem Beruf zu arbeiten, jedoch konnte er sich die Ausbildung nicht leisten. Das Arbeitsamt lehnte eine Förderung durch Umschulung ab, da S. noch zu jung für eine solche Maßnahme war.

Nach dem Zivildienst folgte bei S. eine erneute Phase der Arbeitslosigkeit. Während er vor Beginn des Wehersatzdienstes noch ALG I bekommen hatte, änderte sich sein Anspruch bei der erneuten Arbeitslosigkeit. Nun bezog er ALG II. Dies schränkte ihn noch mehr ein.

Zu seinem damaligen Tagesablauf und Befinden sagt er:

*„Na ja, anfangs war es schon cool immer auszuschlafen und mit Freunden feiern zu gehen...aber naja man hat halt nur so in den Tag reingelebt und das war dann doch so richtig langweilig !“*

Ähnlich wie bei P. war es für S. anfangs noch ein Genuss, keine beruflichen Verpflichtungen zu haben. Jedoch änderte sich dieses Empfinden mit der Zeit. Vor allem die Einschränkungen in Bezug auf mögliche Freizeitaktivitäten haben ihn damals sehr betroffen:

*„Man konnte nicht viel unternehmen, man hatte ja kein Geld, mal zum Fußball gehen oder so, das war halt selten drin !“*

Eine wichtige Stütze waren damals Familie und Freunde, die ihn stets unterstützten. Seine jetzige Arbeitsstelle verdankt er vor allem seiner Mutter, welche Kontakte zur Firma hatte.

*„(...)sie haben (eingefügt) mich super unterstützt.“*

Die Unterstützung durch die Familie war gut. Doch wie sah die Zusammenarbeit mit der B.A. aus?

S. spricht davon, dass er einmal im Monat in die Agentur musste, die Termine allerdings erfolglos waren.:

*„(...)so richtig kam da nix bei rum, die haben immer Arbeitgeber im Ausland oder halt weit weg rausgesucht, obwohl man das nicht wollte und Zeitarbeitsfirmen, wo man eh nur ausgenutzt wird, also war die Zusammenarbeit nicht der Wahnsinn, weil sie kaum auf meine Bedürfnisse eingegangen sind!“*

Es zeigt sich also, dass S. sehr unzufrieden mit der Betreuung durch die Bundesagentur war. Er geht sogar so weit zu sagen:

*„Na, Betreuung würd' ich das nicht nennen ,die haben sich halt kaum*

*Zeit genommen, mal ordentliche Angebote für mich rauszusuchen!“*

Dies legt nahe, dass die jeweiligen Sachbearbeiter nur wenig Zeit für S. und seinen Fall hatten. Eventuell waren die Angestellten überarbeitet, hatten zu viele Fälle zu betreuen?

Seine jetzige Stelle in der Bäckerei hat S. nach seinem Zivildienst angetreten. Er hatte schon als Kind in der Ferien zeitweise dort gearbeitet und sich dann entschlossen, sich erneut zu bewerben. Dies erledigte er noch vor seinem Zivildienst. In Anschluss daran wurde er von der Firma kontaktiert. Es folgte eine Reihe von befristeten Arbeitsverträgen, die jeweils auf ein halbes Jahr beschränkt waren. Schlussendlich wurde S. fest eingestellt. Den Grund für die erfolgreiche Wiedereingliederung sieht er allerdings nicht in der Arbeit der B.A.:

*„(...)die BA hatte damit nix zu tun!“*

Als prägendste Erfahrung aus seiner erwerbslosen Zeit nennt S. Trägheit. Es fiel ihm schwer sich zu motivieren. Häufig verließ er die Wohnung den ganzen Tag nicht verlassen.

*„(...)einfach nur rumhängen“.*

In Zukunft möchte S. weiter einen gesicherten Arbeitsplatz haben und mit seiner Freundin zusammenziehen. Auf Arbeit möchte er

*„(...)mich noch ein wenig weiterbilden, um womöglich mal aufzusteigen“*

### **3.5 Fazit**

Hinsichtlich der Zuordnung zu den zwei Gruppen jugendlicher Arbeitsloser nach Berger sind die hier Interviewten beiden Gruppen zuzuordnen. Sie genossen anfänglich die freie Zeit und nutzten sie zur Entspannung nach der Schule bzw. Lehre. Später waren sie jedoch enttäuscht von ihrer Situation, sahen kaum Perspektiven, wohl auch deshalb, weil ihnen von der B.A. Keine aufgezeigt wurden, und sie waren zwischenzeitlich demotiviert und gehemmt. Dies manifestiert sich auch in ihren Aussagen, nach denen sie Perspektivlosigkeit, Trägheit und Gleichgültigkeit als prägende Gefühle ihrer arbeitslosen Zeit

anführen. Ihr Tagesablauf war monoton und orientierte sich nicht an den allgemeinen gesellschaftlichen Normen. Oft standen beide erst mittags auf, nachdem sie am Vorabend bis spät in die Nacht wach geblieben waren.

Es gab auch Momente, in denen sich P. und S. offenbar minderwertig (Interpretation des Interviewers) und von alltäglichen sozialen Aktivitäten ausgeschlossen fühlten.

Es bestätigen sich also folgende Annahmen:

- Verlust von sozialen Kontakten und Belastungen in Beziehungen und Familie
- Verlust von Zeit- und Zielstruktur
- in Teilen eine Störung des Selbstwertgefühls und Abnahme von Qualifikationen, Fähigkeiten und Fertigkeiten

Beide spürten, dass sich ihre sozialen Kontakte verringerten. Es gab zwar keinen familieninternen Streit, jedoch fühlten beide, dass ihre fehlende Motivation, „etwas zu unternehmen“, nicht gut auf das soziale Umfeld wirkt.

Besonders auffällig ist der Verlust von Zeit und Zielstruktur. Es kam schnell zu einem atypischen Tagesablauf, hinsichtlich des Aufstehens und des Zu-Bett-Gehens.

Nimmt man nun Bezug auf die in Punkt 3.2 gemachten Aussagen, hinsichtlich des Lebensalters Jugend, so wird deutlich, dass Arbeitslosigkeit in diesem Kontext ein großes Risiko birgt. Selbstbild und –wert werden negativ beeinflusst, eine freie Entfaltung der individuellen Potentiale wird gefährdet und eine der Schlüsselaufgaben in diesem Alter, die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt und damit die Grundlage für ökonomische Autonomie ist stark gefährdet.

Angesichts der gewonnenen Erkenntnisse ist die Anwendung der Maßnahmen zur Arbeitsförderung durchaus zu hinterfragen.

In den vorliegenden Fällen wäre es für die persönliche Entwicklung der Betroffenen womöglich sinnvoller gewesen, auf die oftmals als „sinnlos“ empfundenen standardisierten Wiedereingliederungsinstrumente zu verzichten. Die einzelnen Gespräche mit Mitarbeitern der B.A. wurden nicht als bereichernd und fördernd empfunden. Vor allem bei S. lässt sich spekulieren, ob eine vorbehaltlose Unterstützung seines nach dem Zivildienst entwickelten, Berufswunsches des Pflegers rückblickend nicht doch zielführender und sinnvoller gewesen wäre.

Ihre derzeitigen Arbeitsstellen haben sie nach eigener Aussage ausdrücklich nicht der B.A. zu verdanken, sondern eigenem Engagement. Dies lässt Zweifel an der Arbeitsweise der Sachbearbeiter in diesen beiden Fällen aufkommen.

## **4. Maßnahmen zur Wiedereingliederung**

### **4.1 Einführung**

Der Maßnahmenkatalog des deutschen Gesetzes ist vielfältig. Eine detaillierte und ganzheitliche Darstellung der Arbeitsmarktpolitik ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. Aufgrund dessen wird im folgenden nur ein kleiner Einblick in die wichtigsten Grundsätze dieser Thematik gewährt.

Im Wesentlichen ist zu sagen, dass man die Maßnahmen im Kontext der allgemeinen Arbeitsmarktpolitik in Deutschland sehen muss. Dies kann sich allerdings je nach amtierender Regierung ändern. Maßgeblichstes Ziel der Arbeitsmarktpolitik bleibt jedoch stets, eine geringe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig hohe Beschäftigung zu erzielen.

Im Rahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wurden 2002 von der „Hartz-Kommission eine Reihe neuer Instrumente eingeführt, die zur Verbesserung der (Re-)Integration von Arbeitslosen führen sollen.

Unter anderem sind hier: Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer (ein Kombi-Lohn-Modell), ein Lohnkostenzuschuss für Betriebe bei Einstellung Älterer in Form der Befreiung von den Arbeitgeberbeiträgen zur Arbeitslosenversicherung (Beitragsbonus), ein Existenzgründungszuschuss (die "Ich-AG" als

Pflichtleistung der Arbeitsagenturen), Personal-Service-Agenturen (PSA) als integrationsorientierte Zeitarbeitsgesellschaften, die zunächst in jeder Agentur einzurichten waren, die Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen sowie ein "Job-Floater", der kleinen und mittleren Unternehmen, die einen Arbeitslosen einstellen, günstige Darlehen ermöglichte (vgl. Oschmiansky und Ebach, 2009).

Zum 1. Januar 2005 erfolgte die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die neue gesetzliche Grundlage hierfür ist das SGB II. Damit wurde der „arbeitsmarktpolitische Instrumentekatalog“ des SGB III auf das zweite Sozialgesetzbuch übertragen (vgl. ebd.). Oschmiansky und Ebach schreiben desweiteren:

*„Zusätzlich können im SGB II sozialintegrative Leistungen zur Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder sowie zur Pflege von Angehörigen, Schuldner- und Suchtberatung sowie psychosoziale Betreuung gewährt werden. Außerdem sind ein Einstiegsgeld und Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz möglich. Darüber hinaus konnten bis Ende 2008 "Weitere Leistungen" erbracht werden, welche die Fördersumme von Leistungen des SGB III wie zum Beispiel Einstellungszuschüsse allerdings nicht aufstocken durften. Die unterschiedliche Interpretation, welche "Weiteren Leistungen" zulässig sind, führte zu heftigen Auseinandersetzungen“ ( ebd.).*

Hier zeigt sich einer der größten Schwachpunkte der aktuellen Sozialgesetzgebung im arbeitsmarktpolitischen Bereich. Es gibt eine zu schwammige Formulierung des Gesetzestextes und einen sehr großen Ermessensspielraum für die Sachbearbeiter. Somit sind Probleme vorprogrammiert.

Ein sehr stark kritisiertes aber trotzdem häufig genutztes arbeitsmarktpolitisches Instrument des SGB II sind die „Arbeitsgelegenheiten“ (AGH oder „Ein-Euro-Jobs“).

Eine Entlohnung gibt es hierbei nicht. Stattdessen wird der Mehraufwand (Fahrtkosten, Arbeitskleidung etc.) durch eine Aufwandsentschädigung ersetzt

In den Anlagen dieser Arbeit befindet sich mit Abbildung 1 eine Grafik die sich mit dieser Maßnahme auseinandersetzt.

Eine weitere Ergänzung des SGB II wurde 2007 eingeführt. Der Beschäftigungszuschuss.

*„Diesen können Arbeitgeber erhalten, die einen langzeitarbeitslosen SGB-II-Empfänger einstellen, der mehrere Vermittlungshemmnisse aufweist und absehbar in den nächsten 24 Monaten auch bei Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Regelinstrumenten nicht in ein Beschäftigungsverhältnis integriert werden kann“ (Oschmiansky und Ebach, 2009).*

Hauptverantwortlich im Sinne der Integration und Reintegration von Arbeitslosen ist die Bundesagentur für Arbeit. Sie übernimmt folgende wesentliche Aufgaben:

- Vermittlung in Ausbildungs- und Arbeitsstellen
- Berufsberatung
- Arbeitgeberberatung
- Förderung der Berufsausbildung
- Förderung der beruflichen Weiterbildung
- Förderung der beruflichen Eingliederung von Menschen mit Behinderung
- Leistungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und
- Entgeltersatzleistungen, wie zum Beispiel Arbeitslosengeld oder Insolvenzgeld.

Die grundlegenden Maßnahmen zur Arbeitsförderung für Arbeitnehmer sind dabei:

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- Trainingsmaßnahmen nach SGB
- Berufsberatung/ Ausbildungs- Arbeitsvermittlung
- Mobilitätshilfen und Arbeitnehmerhilfe zur Möglichkeit Aufnahme Beschäftigung
- Überbrückungsgeld/ Existenzgründungszuschuss bei Selbstständigkeit
- Förderung Berufsausbildung/ berufsvorbereitender Bildungsmaßnahme
- Förderung beruflicher Weiterbildung



- Leistungen für behinderte Menschen

Im Folgenden soll geklärt werden, welche dieser Maßnahmen am Häufigsten Anwendung bei jungen Arbeitslosen finden. Und welche davon am erfolgreichsten sind.

## 4.2 Gesetzliche Grundlagen der Förderung

Die Agentur für Arbeit legt in ihrem Monatsbericht vom Oktober 2010 folgendes dar:

*„Seit der Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) zum Jahresbeginn 2005 sind die Zuständigkeit und Verantwortung für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auf unterschiedliche Träger verteilt. Die Agenturen für Arbeit sind für die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zuständig, die dem Rechtskreis des Sozialgesetzbuches III (SGB III) zugeordnet werden. Im Rahmen des SGB II nehmen Arbeitsgemeinschaften (ARGE), Agenturen für Arbeit mit getrennter Aufgabenwahrnehmung (AAGAw) und zugelassene kommunale Träger (zKT) die Aufgaben der Grundsicherung wahr und entscheiden über den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen“ (vgl. Bundesagentur für Arbeit, 12/2010, S. 51).*

Es ergibt sich also dass die Förderung in den beiden Sozialgesetzbüchern II und III geregelt ist. Außerdem existiert eine Aufgabenteilung zwischen verschiedenen Institutionen. Ein komplexes System aus Arbeitsagenturen, ARGE und zugelassenen kommunalen Trägern soll eine breitflächige Umsetzung der arbeitspolitischen Maßnahmen gewähren.

Die Leistungen der Arbeitslosen und Sozialhilfe sind im SGB II geregelt. Das SGB III ist Grundlage für die Arbeitsförderung in der Bundesrepublik. Da die Gesetzestexte unheimlich komplex, vielfältig und vor allem umfassend sind, wird hier keine ganzheitliche Darstellung aller Grundlagen zur Förderung von Arbeit und der Förderung junger Menschen erfolgen.

Das SGB II basiert auf dem vielbemühten Prinzip des „Förderns und Forderns“. Dabei besteht die Förderung aus dem Angebot und der Gewährung von Unterstützungsleistungen. Darunter fallen Leistungen, die den Anspruchsberechtigten helfen sollen, ihre Existenz zu sichern wie beispielsweise das ALG II. Aber auch solche, die dazu dienen die

Hilfebedürftigkeit der Betroffenen zu verringern, insbesondere, wenn sie auf die Integration in eine Beschäftigung ausgerichtet sind. Alle Leistungen, die der erwerbsfähige Hilfebedürftige bekommt, sollten in einer Eingliederungsvereinbarung schriftlich fixiert werden (vgl. §§ 1, 16 SGB II).

Gegenüber diesen Förderleistungen steht die Forderung durch das SGB II, selbstverantwortlich und aktiv an der Verringerung oder der Beendigung des Leistungsbezugs mitzuwirken. Im Rahmen einer Eingliederungsvereinbarung kann festgehalten werden, wie dies zu erreichen ist. Es besteht zudem eine Verpflichtung für den Hilfebedürftigen, einen Nachweis über seine Bemühungen zu erbringen. Wird den Verpflichtungen nicht nachgekommen, drohen Sanktionen in Form von Leistungskürzungen. Es ist sogar möglich, dass das ALG II bei wiederholten Pflichtverletzungen ganz wegfällt (vgl. IAB Forschungsbericht 2008, S.7 f.).

Zur besonderen Situation Jugendlicher schreibt Butterwege in einem 2009 publizierten Text:

*„Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des SGB II und anderer Gesetze wurden Heranwachsende und junge Erwachsene, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zur Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern gerechnet; für sie wurde der Regelsatzbedarf vom 1. April 2006 an auf 80 Prozent reduziert. Wenn die jungen Menschen einen eigenen Hausstand gründen wollen, müssen sie nunmehr vorher die Zustimmung des kommunalen Leistungsträgers einholen. Ziehen sie ohne dessen Einwilligung bei ihren Eltern aus, erhalten sie bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gleichfalls nur 80 Prozent der Regelleistung.“*

Die dadurch verstärkte Abhängigkeit von Kindern zu ihren Eltern und den Fakt, dass somit das Erlangen von Selbständigkeit erschwert wird, bewertet Butterwege als *„(...)einer so wohlhabenden und hoch individualisierten Gesellschaft, die im Zeichen der Globalisierung berufliche Flexibilität und geographische Mobilität von ihren Mitgliedern verlangt, unwürdig“* (vgl. Butterwege, 2009).

Mit dieser Einschätzung gehe ich absolut konform. Es kann nicht im Sinne einer Industrienation wie Deutschland sein, junge Menschen länger als unbedingt nötig in der Abhängigkeit ihrer Eltern zu belassen.

Im dritten Sozialgesetzbuch, welches die Arbeitsförderung in der Bundesrepublik und damit die Arbeit der Bundesagentur für Arbeit regelt, haben Jugendliche und junge Erwachsene eine gesonderte Stellung. So heißt es etwa in § 46 SGB III Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung:

*„(1) Ausbildungsuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitsuchende und Arbeitslose können bei Teilnahme an Maßnahmen gefördert werden, die ihre berufliche Eingliederung durch*

- 1. Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt,*
- 2. Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen,*
- 3. Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung,*
- 4. Heranführung an eine selbständige Tätigkeit oder*
- 5. Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme unterstützen“*

Und in § 245 wird explizit auf besonders förderungsbedürftige Jugendliche eingegangen. Konkret wird dort geschrieben:

*„§ 245 SGB III Förderungsbedürftige Jugendliche*

*(1) Förderungsbedürftig sind lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche, die wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne die Förderung*

- 1. eine Berufsausbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz, eine Einstiegsqualifizierung oder eine Berufsausbildung nicht beginnen, fortsetzen oder erfolgreich beenden können,*
- 2. nach dem Abbruch einer Berufsausbildung eine weitere Berufsausbildung nicht beginnen können oder*

*3. nach erfolgreicher Beendigung einer Berufsausbildung ein Arbeitsverhältnis nicht begründen oder festigen können.*

*Förderungsbedürftig sind auch Auszubildende, bei denen ohne die Förderung mit ausbildungsbegleitenden Hilfen ein Abbruch ihrer Berufsausbildung droht oder die eine abgebrochene betriebliche Berufsausbildung unter den Voraussetzungen des § 242 Abs. 3 in einer außerbetrieblichen Einrichtung fortsetzen. (2) § 63 mit Ausnahme von Absatz 2a gilt entsprechend.“*

Festzuhalten bleibt aus meiner Sicht, dass die Unübersichtlichkeit der gesetzlichen Vorgaben nicht dazu beiträgt, Transparenz in den Ablauf der Betreuung von jungen Arbeitslosen zu bringen.

#### **4.3 Förderung junger Menschen**

Die Jugend ist unsere Zukunft. Diese Aussage ist ein immer wieder bemühter Wahlkampfspruch unter deutschen Politikern.

Es gilt sie (die Jugend) zu fördern und ihr einen guten Start in die Gesellschaft zu ermöglichen. Voraussetzungen dafür sind u.a. eine gute Schulbildung zu gewährleisten aber auch die Möglichkeit auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Doch was, wenn die Jugend keine Arbeit hat? Wie wirkt man dem entgegen?

Seit Einführung der Hartz-Gesetze gilt in Deutschland in der Arbeitsmarktpolitik der bereits erwähnte Grundsatz des Förderns und Forderns. Dies bedeutet in erster Linie, dass als Gegenleistung für die nach SGB II und SGB III gewährten Hilfen und Maßnahmen ein hohes Maß an Eigeninitiative von den Betroffenen verlangt wird.

Für Jugendliche ist der Grundsatz des „Förderns und Forderns“ mit besonderen Regelungen verbunden. Wie einleitend bereits erwähnt wurde, räumt der Gesetzgeber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter 25 Jahren im § 3 (2) SGB II einen speziellen Status ein. Dieser Personenkreis soll dementsprechend sofort nach Antrag auf Leistungen nach dem SGB II eine intensive Förderung erhalten, die sowohl aus einem umfangreichen Beratungs- und

Betreuungsangebot als auch aus konkreten Integrationsangeboten besteht. Die IAB schreibt in einem Forschungsbericht aus dem Jahr 2008:

*„Um dies gewährleisten zu können, ist für junge Hilfebedürftige ein höherer Betreuungsschlüssel vorgesehen als für andere Altersgruppen. Sie sollen in einem Verhältnis von eins zu 75 betreut werden. Bei erwachsenen Hilfebedürftigen hingegen soll die Betreuungsrelation bei eins zu 150 liegen. Im Bundesdurchschnitt konnte der geplante Betreuungsschlüssel für Jugendliche im Jahr 2005 fast erreicht werden. Er lag bei eins zu 77“ (IAB: Forschungsbericht 6/2008, S.7 f.).*

Darüber hinaus sollen erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 25 Jahren höchstens drei Monate arbeitslos gemeldet sein. Dies entspricht laut dem Jahresbericht der Bundesagentur für Arbeit (2006a: S. 43) gerade der Zeitspanne, die in der Praxis für die Erstellung und Umsetzung einer umfassenden Eingliederungsvereinbarung nötig ist. Im Jahr 2005 beendeten junge Erwachsene im Durchschnitt mit einer Dauer von 4,4 Monaten ihre Arbeitslosigkeit. Das Drei-Monatsziel konnte demgemäß nicht vollständig erreicht werden (vgl. ebd.).

Zur Betreuung von Jugendlichen schreibt das Ministerium für Arbeit und Soziales auf seiner Internetseite:

*„Wenn erwerbsfähige, hilfebedürftige Jugendliche unter 25 Jahren Arbeitslosengeld II beantragen, vermittelt ihnen ein fester Ansprechpartner einen Ausbildungsplatz, eine Arbeitsstelle oder einen Zusatzjob. Er kümmert sich auch darum, dass Jugendliche Zugang zu weiteren Förderangeboten wie z. B. den berufsvorbereitenden Maßnahmen erhalten“ (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2007).*

Ob dabei immer eine gute Kombination Hilfebedürftiger – Betreuer gefunden wird ist nicht sicher.

*„Jeder Jugendliche hat einen festen persönlichen Ansprechpartner, der für alle Fragen die erste Anlaufstelle ist. Er soll sich um maximal 75 Jugendliche gleichzeitig kümmern. Das verschafft dem Ansprechpartner mehr Zeit, die*

*Fähigkeiten des Jugendlichen einzuschätzen. Auf dieser Grundlage kann er individuelle Vermittlungsvorschläge machen“ (vgl. ebd.)*

Häufig erfährt man in den Medien von sehr hohen Zahlen, was die Überlastung von Sachbearbeitern angeht. Ob also die hier kolportierten 75 Fälle Maximum immer eingehalten werden, ist fraglich.

*„Manchmal zeichnet sich in den Gesprächen ab, dass ein Jugendlicher Probleme hat, die seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt schmälern. Dann schaltet der persönliche Ansprechpartner einen Fallmanager ein. Die Aufgabe des Fallmanagers beginnt mit einer sorgfältigen Analyse des Jugendlichen. Jeder hat eine individuelle Biographie und die Problemlagen sind höchst unterschiedlich. Deshalb sind die Fallmanager als Experten für die Vermittlung junger Menschen ausgebildet.“(vgl. ebd.)*

Ein solches Vorgehen fand bei den, im Rahmen dieser Arbeit, Interviewten nicht statt. Mir drängt sich die Frage auf, ob Fallmanager zu selten eingeschaltet werden.

*„Der persönliche Ansprechpartner schließt mit dem Jugendlichen eine Eingliederungsvereinbarung ab. Wer grundsätzlich bildungsfähig und interessiert ist, erhält in der Regel eine betriebliche Berufsausbildungsstelle (= Lehrstelle). Für Jugendliche mit Bildungs- oder sozialen Defiziten stehen Instrumente zur Eingliederung zur Verfügung“ (vgl. ebd.).*

Der Ausdruck „wer grundsätzlich bildungsfähig und interessiert ist etc.“ legt ein schon angesprochenes Problem der Gesetzgebung offen. Es handelt sich hierbei um absolute Ermessensentscheidungen. Ein hoher Interpretationsspielraum ist gegeben und damit auch das Risiko, dass Engagement und Potential verkannt werden könnte. Im Kurzbericht des IAB vom Oktober 2010 werden die Sanktionen die jugendlichen Arbeitslosen drohen zusammengefasst:

- *Im SGB II („Hartz IV“) wird normwidriges Verhalten von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit Sanktionen geahndet. Für unter 25-Jährige gelten besonders scharfe Regelungen.*
- *Bei einer Pflichtverletzung wird ihnen die Regelleistung für maximal drei Monate ganz gestrichen. Im Wiederholungsfall werden auch Miet- und Heizkosten nicht mehr übernommen; der Krankenversicherungsschutz*

*konnte bis 2007 entfallen, seit 2007 kann er reduziert sein. Nur bei Meldeversäumnissen wird – wie bei den Älteren – anteilig gekürzt.*

- *Junge Arbeitslose werden auch häufiger sanktioniert: Ihre Sanktionsquote lag im Dezember 2009 bei 10,1 Prozent im Vergleich zu 3,2 Prozent bei den 25- bis 64-Jährigen. Mehr als die Hälfte der Sanktionen geht auf Meldeversäumnisse zurück.*
- *Interviewte Fachkräfte aus ARGEn und Optionskommunen beurteilen die milden Sanktionen beim Meldeversäumnis eher positiv, die scharfen Sanktionen eher negativ. Teils massiv kritisieren sie die Streichung der Kostenübernahme für Miete und Heizung. Sie wünschen gestufte Sanktionen wie bei Älteren.*
- *Am Ende bleibt aber die normative Frage: Darf Hilfebedürftigen die Grundsicherung, ob anteilig oder ganz, durch Sanktionen entzogen werden? Oder muss Arbeitsmarktpolitik das Existenzminimum respektieren – auch wenn sich Leistungsbezieher/-innen regelwidrig verhalten?“ (vgl. IAB-Kurzbericht 10/2010).*

Wie daraus hervorgeht, wird der Grundsatz des Förderns *durch* Fordern bei jungen Arbeitslosen in besonderem Maße durch Sanktionen durchgesetzt.

#### **4.4 Erfolge der Maßnahmen**

Es ist schwierig die tatsächlichen Erfolge der Reformen und Maßnahmen zu benennen. Glaubt man den Zahlen der B.A., entwickeln sich die Arbeitslosenzahlen und -quoten in Deutschland in letzter Zeit positiv (vgl. Abb. 2 in den Anlagen).

Ein Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Zahlen auf dem Markt und den Reformen ist demnach naheliegend. Durch das Inkrafttreten der neuen Reformen und Gesetze wurden nun auch arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger erfasst, damit erreichte die Arbeitslosenzahl ihren höchsten Wert im ersten Quartal 2005 mit ca. 5,2 Mio. Danach sank sie bis zum Jahr 2010 rapide auf eine Zahl unterhalb von 2,5 Mio.

Diese Zahl ist jedoch umstritten. Durch die Reformen wurde in Deutschland ein neues System der Unterscheidung von Arbeitsverhältnissen eingeführt.

So gibt es derzeit:

- Minijobs mit einem Bruttoverdienst von maximal 400 Euro pro Monat
- Niedriglohn-Jobs mit einem Bruttoverdienst zwischen 400,01 und 800 Euro pro Monat
- Reguläre Beschäftigungsverhältnisse mit einem Bruttoverdienst ab 800 Euro

Minijobs und Niedriglohn-Jobs können vom Staat über das ALG II bezuschusst werden, dies taucht aber nicht in der Arbeitslosenstatistik auf.

Auch fallen Langzeitarbeitslose in einem Alter von über 58 Jahren aus der Statistik. Ebenso fallen Ein-Euro-Jobber mit mehr als 15 Wochenstunden, Kranke oder Ausbildungsplatzsuchende durch das Raster.

Demnach sind die aktuellen Zahlen mit Vorsicht zu genießen. Derzeit erhalten ca. 5,7 Mio. Menschen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Weitere 1,3 Mio. Personen sind in einer von Bund oder Bundesagentur für Arbeit geförderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme.

Seit der Hartz-IV-Reform, am 1. Januar 2005, gilt in Deutschland – im rechtlichen Sinne, nach SGB III, § 16 – ein Arbeitnehmer als arbeitslos, wenn er zwar arbeitsfähig und arbeitswillig ist, aber dennoch kein Beschäftigungsverhältnis findet. In der offiziellen Arbeitslosenstatistik werden daher nur diejenigen erfasst, die beim Arbeitsamt als „arbeitslos“ gemeldet sind.

Man kann also sagen, dass die Erfolge statistisch gesehen zwar da sind, aber nicht überbewertet werden sollten. Darüber hinaus besteht natürlich immer noch Verbesserungspotential. Etwa was die Auswahl der individuell geeigneten Maßnahmen angeht. Hierbei ist eine bessere Abstimmung zwischen Sachbearbeiter und Hilfebedürftigen wünschenswert.



## 5. Zusammenfassung und Stellungnahme

Nachdem nun geklärt wurde, welche vordergründigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen existieren, wie erfolgreich diese sind und welche Auswirkungen sie auf den betroffenen Personenkreis haben, bleibt eine Einordnung dieser Erkenntnisse vorzunehmen.

In einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung von heißt es:

*„Die Bekämpfung der Beschäftigungslosigkeit hat in unserer Gesellschaft höchste Priorität. Enorme Anstrengungen werden zu ihrer Verringerung unternommen; dabei kommt der Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit ein besonderer Stellenwert zu. Millionen Mark und Euro sind in der Vergangenheit für entsprechende Programme ausgegeben worden - ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen.*

*Könnte es sein, dass die alten Antworten nicht mehr taugen, weil sich mittlerweile die Fragestellungen verändert haben? Immerhin schlagen wir uns nun schon seit dreißig Jahren mit einer alles in allem wachsenden Massenbeschäftigungslosigkeit herum. Es sind also neue Konzepte gefragt.*

*Was den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit betrifft, so muss einerseits in den Bereichen Prävention und Qualifizierung entschieden anders vorgegangen werden als bisher. Andererseits ist die Jugendarbeitslosigkeit Teil der allgemeinen Krise der Arbeit, deren Überwindung eine wesentliche Bedingung dafür ist, die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern bzw. zu beseitigen.*

*Eine Absage muss all jenen erteilt werden, welche sich die Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit vom zu erwartenden Geburtenrückgang erhoffen. Die Zukunft ist grundsätzlich nicht vorhersehbar, da man nie alle Faktoren berücksichtigen, geschweige denn richtig einschätzen kann. Außerdem gibt es zahlreiche Einflüsse, welche die Entlastung des Arbeitsmarktes durch einen Geburtenrückgang mehr als neutralisieren könnten. Wir haben das Problem jetzt“ (vgl. Thoma, 2003).*

Es scheint demnach, als fände das Problem der Jugendarbeitslosigkeit durchaus Beachtung in der öffentlichen Wahrnehmung. Wird die Politik diesen Erwartungen jedoch gerecht?

Die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wirkt auf den ersten Blick positiv. Auch hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit sind leichte Verbesserungen der Quoten zu erkennen.

Dem gegenüber stieg jedoch die Zahl der Leistungsempfänger und der Absolventen von Arbeitsbeschaffungs- und oder Trainingsmaßnahmen rapide an. Es kann also nicht die Rede von einer entspannten Situation sein.

Im Gegenteil, die Anstrengungen auf diesem Feld bedürfen unbedingt einer erneuten Überprüfung und ständiger Weiterentwicklung.

Meiner Einschätzung nach kann man nur etwas gegen Jugendarbeitslosigkeit tun, wenn man mehrere Hebel zeitgleich ansetzt. Eine grundlegende Reform des deutschen Bildungssystem, weg vom Föderalismus hin zu mehr Einheitlichkeit, erscheint zwar radikal, kann aber, wie uns die skandinavischen Länder zeigen, eine Verbesserung der schulischen Leistungen von Kindern und Jugendlichen und damit besser Abschlüsse hervorbringen.

Die starke Selektion nach der Herkunft im deutschen Bildungssystem muss ebenfalls aufgeweicht werden. Es kann nicht sein, dass der Geldbeutel oder die Nationalität der Eltern maßgeblich über die Chancen der Kinder bestimmt.

Eine konkretere Formulierung der Gesetze in den Sozialgesetzbüchern II und III ist meiner Einschätzung nach ebenso nötig, wie eine Flexibilisierung der Beratungen.

In § 7 SGB III heißt es:

*„Bei der Auswahl von Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung hat die Agentur für Arbeit unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit die für den Einzelfall am besten geeignete Leistung oder Kombination von Leistungen zu wählen. Dabei ist grundsätzlich auf*

- 1. die Fähigkeiten der zu fördernden Personen,*
- 2. die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes und*
- 3. den anhand der Ergebnisse der Beratungs- und Vermittlungsgespräche ermittelten arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf abzustellen.“*

Betrachtet man sich die Erkenntnisse aus den beiden Interviews, kommt man zu dem Schluss, dass noch mehr Wert auf diesen Paragraphen gelegt werden sollte.

Ebenso sollte man zukünftig versuchen noch besser auf die Fähigkeiten der Arbeitsuchenden einzugehen und sich nicht an deren Defiziten orientieren. Die Wünsche der Betroffenen bezüglich möglicher Arbeitsstellen sollten besser aufgefangen und umgesetzt werden. Denn wenn ein Jugendlicher den Wunsch äußert einen bestimmten Beruf zu erlernen, der nicht seiner Ausbildung entspricht, er aber auf Grundlage genau dieser Tatsache nicht für seinen Wunschberuf in Frage kommt, kann dies demotivierend sein und im Sinne einer *Arbeitsvermittlung* kontraproduktiv.

## Literatur und Quellenverzeichnis

Agentur für Arbeit: Arbeitslosenbegriff unter SGB II und SGB III. auf:  
<http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/4458/publicationFile/873/Arbeitslosenbegriff-unter-SGBII-und-SGBIII.pdf>, verfügbar am: 17.02.2011

Agentur für Arbeit (2010): *Monatsbericht 10/2010*. auf:  
<http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/240798/publicationFile/116623/Monatsbericht-201012.pdf>, verfügbar am: 17.02.2011

Agentur für Arbeit (2010): *Monatsbericht 12/2010*. auf:  
<http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/240798/publicationFile/116623/Monatsbericht-201012.pdf>, verfügbar am: 17.02.2011

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2007): *Grundsicherung - Junge Menschen*. auf: [http://www.bmas.de/portal/22118/junge\\_\\_menschen.html](http://www.bmas.de/portal/22118/junge__menschen.html), verfügbar am 17.02.2011

Bundeszentrale für politische Bildung: *Jugendarbeitslosigkeit - Begriff*. auf:  
[http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=IIGH7J](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=IIGH7J), verfügbar am 17.02.2011

Butterwege, C. (2009): *Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung - Eine sozialpolitische Bilanz der Koalition*. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2009

Brodmann, E. und Ellenberger, S. (2004): »Im Vorhinein so gut wie ausgeschieden...« - Ein Beratungskonzept auf daseinsanalytisch-phänomenologischer Basis zur beruflichen Eingliederung von jungen Erwachsenen ohne berufliche Grundbildung, die Sozialhilfe beziehen. als Diplomarbeit; Hausen am Albis/Uster, Oktober 2004, Hochschule für Angewandte Psychologie Zürich, auf: [http://psydok.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2005/522/pdf/Diplomarbeit\\_E.Brodmann-S.Ellenberger.pdf](http://psydok.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2005/522/pdf/Diplomarbeit_E.Brodmann-S.Ellenberger.pdf), verfügbar am: 17.02.2011

Hradil, S. (2001): *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. 8. Auflage, Opladen: Leske und Budrich, auf: [http://www.schader-stiftung.de/gesellschaft\\_wandel/441.php](http://www.schader-stiftung.de/gesellschaft_wandel/441.php), verfügbar am: 17.02.2011

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2008): *Forschungsbericht 2008*. auf: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2008/fb0608.pdf>, verfügbar am: 17.02.2011

Klös, H.-P. und Scharnagel B. (2009): *Arbeitsmarktpolitik 2003 Reformbilanz und Handlungsbedarf*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/2009, auf: [http://www.bpb.de/publikationen/6GDW3C,3,0,Arbeitsmarktpolitik\\_seit\\_2003%3A\\_Reformbilanz\\_und\\_Handlungsbedarf.html#art3](http://www.bpb.de/publikationen/6GDW3C,3,0,Arbeitsmarktpolitik_seit_2003%3A_Reformbilanz_und_Handlungsbedarf.html#art3), verfügbar am: 17.02.2011

Kocka, J., H. (2001): *Thesen zur Geschichte und Zukunft der Erwerbsarbeit*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21/2001 auf: <http://www.bpb.de/files/G7VSG2.pdf>, verfügbar am: 17.02.2011

Munsel, K. (2010): *Infoblatt Jugendarbeitslosigkeit - Gründe für die hohe Jugendarbeitslosigkeit und ihre Verteilung innerhalb Deutschlands*. In: Geographie Infothek, auf [http://www.klett.de/sixcms/list.php?page=geo\\_infothek&article=Infoblatt+Jugendarbeitslosigkeit&node=Arbeitslosigkeit](http://www.klett.de/sixcms/list.php?page=geo_infothek&article=Infoblatt+Jugendarbeitslosigkeit&node=Arbeitslosigkeit), verfügbar am: 17.02.2011

Münchmeier, R. (2005): *Jugend*. erschienen in: Handbuch für Sozialarbeit/Sozialpädagogik, München: Reinhardt

n-tv (12.08.2010): *Krise trifft die Jungen*, auf: <http://www.n-tv.de/politik/Krise-trifft-die-Jungen-article1255251.html>, verfügbar am: 17.02.2011

Oschmiansky, F. und Ebach, M. (2009): *Aktive Arbeitsmarktpolitik im Wandel*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/2009 [http://www.bpb.de/publikationen/JG025J,6,0,Aktive\\_Arbeitsmarktpolitik\\_im\\_Wandel.html#art6](http://www.bpb.de/publikationen/JG025J,6,0,Aktive_Arbeitsmarktpolitik_im_Wandel.html#art6), verfügbar am: 17.02.2011

Peterßen, Wilhelm H. (1999): *Wissenschaftliche(s) Arbeiten: Eine Einführung in Schule und Studium* / Wilhelm H. Peterßen. – 6., überarb. Und erw. Aufl. – München : Oldenbourg

Schruth, P. (1999): *Junge Arbeitslose in der gemeinnützigen Jobvermittlung – Eine sozialrechtliche Einordnung*. Opladen: Leske + Budrich

Stangl, W.: *Identitätsfindung im Jugendalter*. auf: <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/PSYCHOLOGIEENTWICKLUNG/EntwicklungErikson.shtml>, verfügbar am: 17.02.2011

Stangl, W.: *Phasen der psychosozialen Entwicklung nach Erik Homburger Erikson*. auf: <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/PSYCHOLOGIEENTWICKLUNG/EntwicklungErikson.shtml>, verfügbar am: 17.02.2011

Statistisches Bundesamt (2011): *Registrierte Arbeitslose, Arbeitslosenquote nach Gebietsstand*. 1/ 2011 auf: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content100/lrarb001ga,templateId=renderPrint.psml>, verfügbar am: 17.02.2011

Stille, B.: *Arbeit im antiken Griechenland*, auf: <http://www.relilex.de/artikel.php?id=74896>, verfügbar am 17.02.2011

Tagesthemen (2010): *Leichter Anstieg im Dezember*. auf: <http://www.tagesthemen.org/wirtschaft/arbeitslosenstatistik104.html>

Thoma, G. (2003): *Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, aber wie?* In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 06-07/2003, auf [http://www.bpb.de/publikationen/XQRNM9,0,0,Jugendarbeitslosigkeit\\_bek%EA4mpfen\\_aber\\_wie.html#art0](http://www.bpb.de/publikationen/XQRNM9,0,0,Jugendarbeitslosigkeit_bek%EA4mpfen_aber_wie.html#art0), verfügbar am: 17.02.2011